

titum enthält: „daß die noch obschwebenden Preßvergehen, sofern sie politischer Natur sind, sofort niedergeschlagen werden, wie allen Preßvergehen vom Jahre 1848 Amnestie ertheilt werden möge“, daß man, sage ich, diese Petition zur Erwägung und Berücksichtigung an die Staatsregierung übergeben möge. Die erste Kammer ist aber dem Vorschlage des Ausschusses nicht beigetreten, sondern hat den Beschluß gefaßt, diese Eingabe an die zweite Kammer abzugeben, wahrscheinlich in Berücksichtigung dessen, daß hier ein besonderer Bericht über die Amnestieerlassung vorlag. Ich glaube, diese Eingabe ist nun, ebenso wie der auf unsere eben gepflogenen Verhandlungen bezügliche Theil der vorhin bezeichneten Collectivpetition, durch die heute soeben gefaßten Beschlüsse vollständig erledigt, und ich schlage daher der Kammer vor, daß sie diese letztern Eingaben als durch die heute gefaßten Beschlüsse berücksichtigt ansehen möge.

Präsident Hensel: Tritt die Kammer dem Vorschlage des Ausschusses rücksichtlich dieser Petition bei? — Einstimmig Ja.

Präsident Hensel: So ist auch dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt. Ich bemerke nun, daß morgen 10 Uhr die Sitzung beginnt, und ich bringe auf die Tagesord-

nung: 1) den Bericht des Finanzausschusses über die Petition der Flachsspinnerei Hirschfelde um Uebernahme von 250 Stück Partialobligationen, 2) den Bericht des zweiten Ausschusses über den Antrag des Abg. Feldner, eine Zusatzbestimmung zu §. 15 des Staatsdienergesetzes betreffend, und 3) die Wahl der außerordentlichen Deputation für die Reform der Gesetzgebung in Verwaltungssachen. Abg. Finke hat noch eine Landtagschrift vorzutragen; genehmigt die Kammer, daß dieser Vortrag jetzt erfolge? — Einstimmig Ja.

(Die Vorlesung erfolgt.)

Präsident Hensel: Genehmigt die Kammer diese Landtagschrift? — Einstimmig Ja.

Präsident Hensel: Die öffentliche Sitzung ist geschlossen; ich ersuche die Mitglieder, noch zu einer geheimen hier zu bleiben.

Schluß der Sitzung kurz vor  $\frac{3}{4}$  2 Uhr.

Berichtigungen. In Nr. 33 der L.-M. der II. Kr. S. 565 ist zu Nr. 513 des Registrandeneingangs hinzuzusetzen: „überreicht vom Abg. Du Chesne“. — S. 568, Sp. 1, Z. 16 v. o. muß es statt: „entsprechend“ heißen: „ansprechend“. — In Nr. 36, S. 618, Sp. 2, Z. 3 v. u. ist statt: „§. 105“ zu lesen: „§. 103“.

## Anhang zu Nr. 39 der Mittheilungen der zweiten Kammer.

### Bericht des fünften Ausschusses über die bis zum 8. März 1849 eingegangenen 113 Adressen.

Berichterstatter: Bertling.

Dem fünften Ausschusse sind bis zum 8. März d. J. 113 Eingaben, welche keine Beschwerden enthalten, zur Berichterstattung übergeben worden.

Ausgegangen sind diese Eingaben von

- 1) 83 Vereinen, nämlich
  - A. 68 Vaterlandsvereinen, unter ihnen
    - a) 44, welche eine Anzahl von 28,358 Mitgliedern theils angegeben, theils nachgewiesen haben,
    - b) 24 —, unter ihnen der Bezirksverein Löbau — welche die Zahl ihrer Mitglieder nicht angeben,
  - B. 3 deutschen Vereinen (in Chemnitz, Meissen und Pirna, letzterer angeblich mit 440 Mitgliedern),
  - C. 12 andern politischen und Arbeitervereinen,
- 2) 1 Behörde (Rath und Stadtverordnete in Hartha) und
- 3) 7493 andern Unterzeichnern von 21 verschiedenen Eingaben.

Ihrem Inhalte nach sprechen sich diese Eingaben

- A. entweder über die Haltung der Volksvertretung und den Geist ihrer Beschlüsse aus, und dies thun
  - I. 91 Eingaben im Allgemeinen, oder zugleich mit Beziehung auf das in Aussicht gestellte und nachher erfolgte Abtreten der Minister,
  - II. 26 speciell in Betreff der deutschen Oberhauptfrage,

- III. 19 für Verkündigung der Grundrechte,
- IV. 3 für Revision der Militairgesetze,
- V. 4 gegen Herabsetzung der Tagelöhner der Volksvertreter;

B. oder sie nehmen die Verwendung der Volksvertretung für einen speciellen Fall, nämlich für die Herstellung einer Vereinigung unsers Staates mit den thüringischen Staaten, in Anspruch.

Ueber die soeben unter B. erwähnten Eingaben wird der Ausschuss einen besondern Bericht erstatten; der gegenwärtige Bericht beschränkt sich auf die unter A. angeführten Eingaben.

I. Eingaben allgemeinen Inhalts.

Diese Eingaben sind meistens, wie sie zum großen Theile selbst sagen, durch die von der reactionären Partei ausgebreiteten Verdächtigungen und Verleumdungen der Volksvertretung, insbesondere rücksichtlich des Verhaltens der letztern gegen die Staatsministerien, hervorgerufen worden. Ihrer Richtung nach sind unter ihnen 1) 85 Beifalls-, 2) 2 Mißfalls- und 3) 4 parteilose Adressen zu unterscheiden.

1) Die 85 Beifallsadressen geben den Kammern ihre Zufriedenheit mit dem von ihnen betretenen Wege zu erkennen. Außer den Eingaben von 25 Vereinen, welche die Zahl ihrer Mitglieder nicht ange-